

UNSER LAND WÄCHST ZUSAMMEN – PERSPEKTIVEN FÜR DIE NEUEN LÄNDER

JAHRESBERICHT 2011
ZUM STAND DER DEUTSCHEN EINHEIT

DIE MITTE.

CDU

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 16. Dezember den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2011 debattiert. Die Ergebnisse sind erfreulich: Der Angleichungsprozess ist auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter vorangeschritten. Für die Neuen Länder ergeben sich zudem neue Chancen – sie können künftig in zukunftsweisenden Bereichen die Rolle des Schrittmachers und Vorreiters mit Nutzen und Erkenntnissen für ganz Deutschland übernehmen. Die CDU-geführte Bundesregierung fördert beide Prozesse in den kommenden Jahren gezielt.

Der Einigungsprozess hat eine neue Qualität erreicht

Die Erblast der SED-Diktatur, die schwer auf den Städten, der Infrastruktur, der Umwelt lastete und die den gesamten Lebensverhältnissen ihren Stempel aufdrückte, ist weitgehend überwunden. Die gemeinsamen Anstrengungen der vergangenen Jahre haben sich gelohnt.

- In den Neuen Ländern ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner seit der Wiedervereinigung von 43 Prozent auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen. Zudem werden mittlerweile über 80 Prozent des westdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht. Die ostdeutsche Wirtschaft profitiert von guten Bedingungen – nicht zuletzt auch wegen des mittlerweile fast abgeschlossenen Auf- und Ausbaus der Infrastruktur. Die 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sind fast komplett fertiggestellt, der Flughafen Berlin-Brandenburg wird 2012 eröffnet und die Schienenverbindung von Rostock über Berlin bis nach Dresden wird als ein wichtiger Teil einer gesamteuropäischen Verbindung bis zur Adria weiter vorangetrieben. Die Ergebnisse sind ein deutlicher Erfolg für das Zusammenwachsen unseres Landes. Gleichwohl betrachtet die CDU die nach wie vor bestehenden Unterschiede als Auftrag, hier weiterhin unterstützend tätig zu sein.
- Die Arbeitslosigkeit ist auch in den neuen Bundesländern in den vergangenen Jahren – trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise – deutlich gesunken und liegt inzwischen unter einer Million. Gleichzeitig steigt die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse. In einigen Regionen und Branchen werden mittlerweile dringend Mitarbeiter gesucht. In das Konzept zur Fachkräftesicherung der Bundesregierung sind deshalb einige speziell auf die ostdeutsche Situation zugeschnittene Maßnahmen aufgenommen worden, z.B. die „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung in Ostdeutschland“ in Zusammenarbeit mit Ländern, Sozialpartnern und Kammern. Sie hat insbesondere das Ziel, die Beschäfti-

gungspotenziale der eigenen Region auszuschöpfen, die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken und das ostdeutsche Wirtschaftswachstum zu unterstützen.

- Rückstände der ostdeutschen Wirtschaft bestehen derzeit noch in strukturellen Faktoren, z.B. die kleinteilige Wirtschaftsstruktur, die geringeren Kapazitäten der Wirtschaft bei Forschung und Entwicklung und die geringere Exportorientierung. Die Bundesregierung fördert deshalb insbesondere Innovationen, die Netzwerkbildung von kleineren und mittleren Unternehmen sowie die Verknüpfung der Wirtschaft mit der gut ausgebauten öffentlichen Forschung. Die Programme zur Wirtschafts-, Investitions- und Innovationsförderung sind erfolgreich und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- Die CDU-geführte Bundesregierung wird auch in den kommenden Jahren die Struktur- und Wirtschaftsförderung in den Neuen Ländern vorantreiben, um die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt weiter zu stärken. Der Solidarpakt II wird deshalb wie vereinbart bis 2019 fortgeführt. Die Höchstförderung der EU-Strukturfonds endet voraussichtlich nach 2013. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich eine angemessene und zielgerichtete Förderung im Rahmen von Übergangsregelungen anschließt.

Neue gesamtdeutsche Aufgaben

Der Osten steht heute vor neuen gesamtdeutschen Aufgaben, die zugleich Chancen sind. In zukunftsweisenden Bereichen kann er zum beispielgebenden Vorreiter werden.

- Die flächendeckend gut ausgebauten Betreuungsmöglichkeiten für Klein- und Schulkinder sind eine unverzichtbare Unterstützung für berufstätige Eltern und helfen auch den Unternehmen. Sie bedeuten somit gerade vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels einen immer wertvolleren Standortvorteil. Der Rechtsanspruch für unter Dreijährige auf einen Betreuungsplatz besteht bundesweit ab 2013 – die neuen Bundesländer können den Bedarf seit langem decken. Ähnlich ist es mit den Grundschulern: In den westdeutschen Bundesländern besucht rund ein Fünftel aller Grundschüler eine Ganztagschule oder einen Hort – in den östlichen Ländern besteht hingegen für fast drei Viertel aller Kinder die Möglichkeit zum Besuch von entsprechenden Betreuungseinrichtungen.

- Die Energiewende stellt unser gesamtes Land vor große Herausforderungen: Bis zum Jahr 2020 sollen 35 Prozent und bis zum Jahr 2050 sollen 80 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kommen. Die neuen Bundesländer sind bei Umwelttechnologien wie Solaranlagen und Windrädern heute schon Vorreiter auf diesem Gebiet. Gleiches gilt bei der Energieeffizienz im Gebäudebereich. Diese Technologien bieten auch künftig große Wachstumspotenziale.
- Die Gestaltung des unaufhaltbaren demografischen Wandels stellt unser ganzes Land vor große Herausforderungen. Der Osten Deutschlands wird mit dieser Entwicklung schon seit Jahren konfrontiert. Dies wird sich so fortsetzen: Bis 2030 werden die Neuen Länder ein Drittel und bis 2050 sogar die Hälfte der Einwohnerzahl von 1991 verloren haben. Eine ähnliche Entwicklung steht – wenn auch verzögert – ganz Deutschland bevor. Der Beauftragte der Bundesregierung hat deshalb in Zusammenarbeit mit den Neuen Ländern das Handlungskonzept „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ erarbeitet. Es ist als Pilotprojekt für eine gesamtdeutsche Demografiestrategie gedacht.

Stand: 20.12.2011